



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

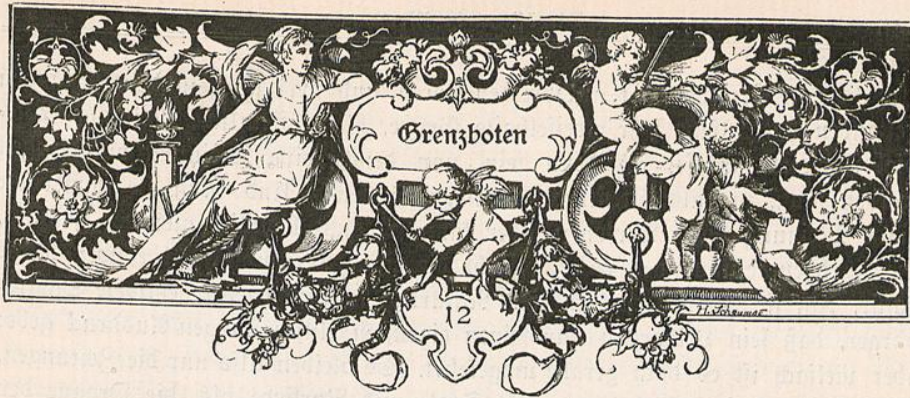
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die öffentliche Meinung

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die öffentliche Meinung



Aedermann weiß, daß zu den angesehensten und den unter Umständen gefürchteten Mächten im modernen Staatsleben die öffentliche Meinung gehört. Giebt sie doch sogar nicht selten den Ausschlag bei der Behandlung der Staatsangelegenheiten! Welcher Staatsmann würde nicht schwere Bedenken tragen, in wichtigen Fragen gegen den Strom der öffentlichen Meinung zu schwimmen! Aber was ist das eigentlich für eine Macht, der er sich da gegenübergestellt sieht? Woran erkennt er sie, und warum mißt er ihr eine so hohe Bedeutung bei?

Auf den ersten Blick könnte es unüberlegt erscheinen, solche Fragen überhaupt zu stellen. Was sollte die öffentliche Meinung anderes sein, als die übereinstimmende Meinung aller Angehörigen eines Volkes, die überhaupt eine Meinung haben? Und daß ihr, wenn dies ihr Wesen ist, ein bestimmender Einfluß auf die Entscheidung öffentlicher Fragen gebührt, scheint selbstverständlich zu sein, wenn man das Volk nicht als eine dem Willen seiner Machthaber unterworfenen Herde, sondern als einen lebendigen Körper ansieht, an dem die Staatsgewalt nur das Haupt ist. Schwieriger erscheint schon die Frage, woran die öffentliche Meinung im einzelnen Falle zu erkennen sei. Man wird erwidern, das lasse sich nicht im allgemeinen entscheiden, sondern es komme hier eben auf den einzelnen Fall an, in dem eine sorgfältige Prüfung vorzunehmen der Weisheit der Regierenden überlassen bleiben müsse. Gleichwohl wird man nicht leugnen können, daß auch diese nicht im Stande sein werden, die öffentliche Meinung zu erkennen, wenn es ihr an bestimmten Kennzeichen fehlt. Welche sind das aber? Wenn man die Erfahrung des täglichen Lebens befragt, so wird man sagen müssen: öffentliche Meinung pflegt man das zu nennen, was man von einer mehr oder weniger großen

Anzahl von Personen hat aussprechen hören, und was auch in den Zeitungen gestanden hat. Eine sehr zweifelhafte Größe, diese öffentliche Meinung! Wieviel Personen müssen es denn sein, von denen eine Meinung vorgetragen werden muß, um als öffentlich gelten zu können? Und muß sie immer die eigne Meinung dieser Personen, oder kann sie auch lediglich aus der Zeitung, die sie lesen, entnommen sein? Wohl die eigne Meinung. Aber wer bürgt dafür, daß sie es auch wirklich ist? Natürlich behauptet jeder gebildete Staatsbürger, daß sein Leiborgan nur seinen eigensten Anschauungen Ausdruck gebe; aber vielfach ist es doch gerade umgekehrt. Es bleiben also nur die Zeitungen, die sich ja auch, wie bekannt, mit Stolz und Vorliebe als die Organe der öffentlichen Meinung ausgeben. Eine recht verschiedenartige öffentliche Meinung, die da zu Tage tritt, eigentlich in jeder Zeitung eine andre! Welches ist nun die echte? Man sieht, so gar leicht zu erkennen ist die öffentliche Meinung nicht. Und doch sollte man meinen, daß sie sich in einer wenigstens für ein- sichtsvolle Beobachter unverkennbaren Weise äußern müßte, wenn sie überhaupt vorhanden wäre. Denn jede geistige Macht hinterläßt Spuren ihres Wirkens, die dem kundigen Auge nicht verborgen bleiben. Warum sollte es bei der öffentlichen Meinung anders sein? So lohnt es sich wohl, diese räthselhafte Größe etwas näher zu betrachten.

Sie soll also die übereinstimmende Meinung aller sein, die überhaupt eine Meinung haben. Wie viele mögen das wohl sein? Wenn man unter Meinung ein Ergebnis der erkennenden Thätigkeit versteht, das sich in einem durch die Anschauung der Dinge gebildeten Urtheil über die Dinge darstellt, dann wird man die Zahl der Menschen, die in politischen Fragen eine selbstständige Meinung haben, äußerst niedrig anschlagen müssen. Die große Masse des Volkes zunächst, die, soweit ihr ungeschultes Gehirn sie überhaupt zum Denken befähigt, in den Mühen und Kämpfen ums tägliche Brot keine Zeit dazu findet, kann hier sicherlich überhaupt nicht in Betracht kommen. Was aber den kleinen Bruchtheil der Gebildeten betrifft, so kann es für den auf- merksamen Beobachter gar keinem Zweifel unterliegen, daß, wie gesagt, sehr viele blindlings das als wahr annehmen, was ihnen ihre Zeitung täglich vor- trägt, und selbst wenn sie im Stande sind, es zu beurteilen, sich doch gar nicht die Mühe dazu nehmen. Denn die Beurteilung politischer Fragen erfordert nicht allein eine ungewöhnliche geistige Befähigung und Bildung, sondern auch An- strengung, und wer die Fähigkeit hat, ist nicht gerade immer geneigt, sich anzustrengen, wenn er es bequemer haben kann, indem er die fertig vor ihm liegende fremde Meinung unbesehen zur seinigen macht. Kostet es doch schon Mühe und Zeit genug, die Flut von bedrucktem Papier, die den gebildeten Mann täglich umgiebt, zu durchschwimmen, wie er das nun einmal für seine Pflicht hält. Wie viele mögen es also sein, die mehr thun, die vielleicht in weiser Beschränkung der verwirrenden, zerstreuenenden und ermüdenden Zeitungs-

lektüre ihre Gedanken zusammennehmen, auf die Erscheinungen der politischen Welt richten und zu einem bestimmten Ziele führen? Und doch könnten nur diese wenigen Auserlesenen als Träger einer öffentlichen Meinung zählen — nämlich wenn sie alle übereinstimmen. Wäre das aber der Fall, dann könnte es keine politischen Parteien geben, an denen doch, wie bekannt, kein Mangel ist. Denn in den Programmen dieser Parteien findet sich die Meinung der wenigen politisch denkenden Köpfe, die es im Volke giebt, ausgesprochen, und diese haben also ebenso viel verschiedene Meinungen, als es Parteien giebt, ja noch mehr, denn innerhalb der Parteien fehlt es wahrlich nicht an Meinungsverschiedenheiten. Da aber keine Partei, rein äußerlich betrachtet, mehr Recht als die andern darauf hat, daß ihre Meinung als maßgebend angesehen werde, so können auch die denkenden Köpfe aus irgend einer bestimmten Partei keineswegs als Vertreter der öffentlichen Meinung gelten. Auf diesem Wege können wir also diese geheimnisvolle Macht nicht aufspüren.

Gleichwohl würde es voreilig sein, hier schon die Untersuchung mit dem Ergebnis abzuschließen, daß es überhaupt keine öffentliche Meinung gebe, daß sie ein „leerer Wahn, erzeugt im Gehirn des Thoren“ sei. Denn darf man wirklich annehmen, daß, wenn ein Machthaber, wie es im politischen Leben doch oft genug vorgekommen ist, „dem Drängen der öffentlichen Meinung nachgegeben“ hat, er immer nur einem Trugbilde seiner erhitzten Phantasie gefolgt oder vor ihm zurückgewichen sei, daß er nicht vielmehr die Einwirkung einer sehr lebendigen Macht empfunden habe, der er nicht widerstehen zu können glaubte? Da diese Macht nicht rein geistiger Natur sein kann, weil, wie wir gesehen haben, auf dem Gebiete des Verstandes eigentlich ebensoviel Meinungen hervortreten, als Köpfe vorhanden sind, und demnach die hier erforderliche Übereinstimmung fehlt, so kann sie nur im Willen wurzeln. Wo sollte sie auch sonst ihre Triebkraft hernehmen? Dem vernünftigen Urteil allein ist eine solche nicht eigen: es verharret in kühler, vornehmer Ruhe, unbekümmert darum, ob sich die in ihm ruhende Macht der Wahrheit Anerkennung verschaffen werde. Was treibt und drängt und stößt, ist überall der Wille, und er muß also auch das Wesen der öffentlichen Meinung sein. Die Etymologie des Wortes steht dieser Annahme nicht entgegen, bestätigt sie im Gegenteil. Denn *meinen* heißt ursprünglich sein Herzensverlangen auf etwas richten und ist dasselbe Wort wie *minnen*. Freiheit, die ich meine, singt der Dichter, d. h. die ich liebe und ersehne, und *Sinnen* und *Minnen* heißt in poetischer Redeweise, was man in prosaischer Denken und Wollen nennt. Hält man diesen Sinn fest, so wird man als öffentliche Meinung die übereinstimmende Willensrichtung aller derer anzusehen haben, bei denen sich im einzelnen Falle der Wille überhaupt regt. „Das sieht schon besser aus, man sieht doch wo und wie.“ Denn erstens ist der Wille nicht, wie die Erkenntnis, das Vorrecht weniger Auserwählten, weil er die Erkenntnis keines-

wegs zur Voraussetzung hat; im Gegenteil, er geht ihr voraus und hält sie dermaßen unter seiner Herrschaft, daß er sie oftmals hemmt und trübt. So kann denn auch in politischen Dingen jeder seinen Willen haben, und es hat ihn auch eigentlich jeder, mindestens soweit, daß er nach Wohlbefinden verlangt und das Gegenteil verabscheut: auch die erkenntnisärmsten Glieder des Volks wollen, wenn sie sich in Not fühlen, ihre Lage verbessern und widerstreben, wenn es ihnen gut geht, einer Störung ihres Wohlbefindens.

Wenn das nun die Meinung jedes Einzelnen ist, so würde sie sich in einem bestimmten Falle dann zur öffentlichen Meinung entwickeln, wenn sie bei sämtlichen Angehörigen aller Bevölkerungsklassen auf dasselbe Ziel gerichtet wäre, da alsdann die für den Begriff der öffentlichen Meinung notwendige Übereinstimmung der Einzelmeinungen hergestellt sein würde. Ob dieser Fall wirklich vorkommen kann, darin liegt eigentlich das Problem der Untersuchung.

Die Voraussetzung jener Einmütigkeit ist offenbar, daß jeder Einzelne von der Überzeugung durchdrungen ist, an jenem gemeinsam erstrebten Ziele werde er selbst die Befriedigung seines Heilsverlangens oder das Ende seiner Furcht vor Unheil finden. Daß sich eine solche Überzeugung durchbricht, wird in dem Falle nicht überraschen, wo die Interessen sämtlicher Bevölkerungsklassen übereinstimmen, und daß dieser Fall vorkommen kann, läßt sich nicht in Abrede stellen. So besteht, wenn man von den des Vaterlandsgefühls ermangelnden Gliedern der roten Internationale absieht, ein gemeinsames Interesse aller Volksangehörigen darin, daß das im Staate zusammengefaßte Volk nicht der Macht eines fremden Volks unterworfen sei, von dem es mißachtet und geknechtet wird, und jedermann empfindet das als ein unerträgliches Joch und ist bestrebt, es abzuschütteln. Ein hervorragendes Beispiel dieser Art liefert die Geschichte in dem glühenden Haffe, den das preußische Volk zur Zeit der Fremdherrschaft am Anfange des Jahrhunderts gegen den französischen Eroberer hegte, und in der Opferfreudigkeit und Begeisterung, mit der schließlich „das Volk aufstand und der Sturm losbrach.“ Das war wirklich die Kundgebung einer öffentlichen Meinung von echter Art. Auch beim Ausbruche des letzten deutsch-französischen Krieges war eine solche öffentliche Meinung in dem allgemeinen Unwillen über das herausfordernde, die eigne nationale Selbstständigkeit bedrohende Verhalten des Nachbarvolks schwerlich zu verkennen.

Aber diese Fälle gehören dem Gebiete der äußern Politik an. Es fragt sich, ob ähnliche auch in der innern eintreten können. Wenn man bedenkt, daß hier nicht eine einzige Frage auftauchen kann, in der die Interessen der einzelnen Bevölkerungsklassen einander nicht mehr oder weniger widerstreiten, sodaß, was der einen zum Vorteil gereicht, der andern Schaden bringt, so wird man es von vornherein schwer begreiflich finden, wie es überhaupt vorkommen kann, daß alle, bei denen sich der Wille regt, in einem gegebenen Falle dasselbe wollen. Denn dann müßte ja ein Teil sein eignes Unheil erstreben

oder seinem eignen Vorteil aus dem Wege gehen! Sicherlich; aber ist das ein unerhörter Fall? Erinnern wir uns, daß die Willensstärkung als solche durch vernünftige Erkenntnis schlechterdings nicht bestimmt wird, daß der Wille vielmehr, unbeschadet seines Wesens, völlig blind in Wirkung treten kann und hierzu nur eines Beweggrunds bedarf, der ausreichend stark sein muß, übrigens aber ebenso gut in Irrtum wie in Einsicht bestehen kann, dann werden wir uns nicht mehr darüber wundern, daß einer auch in der festen Überzeugung, in seinem Interesse zu handeln, geradezu in sein Unglück rennen kann. In dieser Lage befinden sich aber mehr oder weniger alle Angehörigen des Volks mit Ausnahme der einsichtsvollen Köpfe, die unter ihnen zu finden sind: bei diesen freilich ist ein Irrtum über das, was zu ihrem Vorteile dient, wenn auch nicht ausgeschlossen, doch so unwahrscheinlich, daß er füglich nicht in Frage kommen kann; die andern aber, der große Haufe — zeigt ihnen im Spiegelbilde goldne Berge, und sie stürzen drauf los, auch wenn dahinter der Abgrund gähnt, und malt ihnen Schreckbilder an die Wand, und sie ergreifen die Flucht!

Das ist die Naturgeschichte der öffentlichen Meinung. Sie braucht nur gemacht zu werden, dann ist sie da; und sie wird, von verschwindenden Ausnahmefällen abgesehen, immer gemacht. Das aber ist das Ziel der Thätigkeit, die man Agitation nennt, und die, sobald sie zu den unsittlichen Mitteln der Lüge und Verleumdung greift, zur Demagogie, auf deutsch Volksverführung, ausartet. Zu diesem Punkte der Entwicklung, auf dem sie der gefährlichste Feind der Staatsmänner zu sein pflegt, braucht sie jedoch nicht zu gelangen, um die öffentliche Meinung zu erzeugen. Freilich ist es nicht leicht, den Willen der großen Menge in Bewegung zu setzen, ohne auf seine unedeln Seiten, die Habgier, die Genußsucht, den Trotz und die Abneigung gegen Autorität zu wirken. Denn „aus Gemeinem ist der Mensch gemacht,“ und der Egoismus, aus dem jene Regungen entspringen, ist gemein, soweit er mehr verlangt, als die andern auch verlangen dürfen. Immerhin aber ist doch auch einer ehrlichen Agitation Gelegenheit zum Wirken geboten, da sich auch innerhalb der Grenzen des *Suum cuique* das eigne Wohl erstreben läßt, ganz abgesehen davon, daß trotz aller gegenteiligen Behauptungen unsrer Pessimisten in den Einzelnen, die die große Menge bilden, wenn auch vielleicht tief verborgen, gewisse positiv edle Regungen, wie die des Mitleids und des Opfermuts, schlummern, die von dem, der sich darauf versteht, geweckt werden können. Gleichwohl läßt sich nicht leugnen, daß die ehrliche Agitation gegenüber der, die es auf die schlechten Leidenschaften der Menge abzielt, einen schlimmen Stand hat, eine Erscheinung, aus der es sich, nebenbei bemerkt, erklärt, weshalb gewisse politische Parteien mit ihrer Agitation mehr Erfolg haben und sie deshalb lebhafter treiben als andre.

Welcher Art aber auch die Agitation sein mag, von dem, was man ver-

nünftige Darlegung nennt, ist sie wesentlich verschieden, weil sie auf einen ganz andern Gegenstand gerichtet ist als diese: es ist ihr nicht darum zu thun, zu belehren, aufzuklären, die fremde Erkenntnis in die eigne Bahn herüberzuleiten, durch Vernunftgründe zu überzeugen; das zu versuchen würde wenig helfen, da die Voraussetzungen für dergleichen auf der andern Seite fehlen. Nein, der fremde Wille ist es, dem sie im einzelnen Falle eine bestimmte Richtung zu geben versucht. Nun können die hierzu erforderlichen Beweggründe dem Willen ja freilich nur durch den Verstand übermittelt werden; aber dies braucht keineswegs auf dem Wege einer Denktätigkeit zu geschehen, und es ist deshalb auch ein Verstand, der zum Denken wenig oder gar nicht befähigt ist, gar wohl imstande, die kräftigsten Beweggründe aufzunehmen, vielleicht gerade um so mehr, je weniger er von des Gedankens Blässe angekränkt ist. Es kommt nur darauf an, die geeigneten Beweggründe zu liefern.

Diese bestehen in Vorstellungen, die in den Einzelnen hervorgerufen werden, und die so beschaffen sind, daß sie in allen gemeinsam die Überzeugung begründen, das, um was es sich handelt, sei zu ihrem eignen Besten zu begünstigen und zu erstreben oder zu verwerfen und zu verfolgen. Zu diesem Zwecke müssen solche Vorstellungen, wenn auch nicht gerade anschaulich, so doch kräftig und sozusagen grobgeformt sein; dagegen ist es nicht notwendig, daß die Ausdrücke, durch die sie hervorgerufen werden — man nennt sie technisch Schlagwörter —, den Begriffen, auf die man diese vernünftigerweise anwenden könnte, entsprechen, oder daß sie klare und bestimmte Begriffe bezeichnen, ja nicht einmal, daß sich überhaupt ein Begriff mit dem Worte verbinden läßt. „Denn gerade wo Begriffe fehlen, da stellt ein Wort zu rechter Zeit sich ein.“ Im Gegenteil, man darf behaupten, daß, je weiter sich ein Schlagwort von dem richtigen, klaren und deutlichen Begriff entfernt, es um so mehr für den hier in Rede stehenden Zweck geeignet sei, weil es dann am ehesten einer geordneten Denktätigkeit vorbeugt, die möglicherweise dem hier verfolgten Zwecke widerstreiten würde.

Unsre politische Sprache ist überaus reich an solchen Schlagwörtern, die mit den im Laufe der Zeit neu auftauchenden Fragen beständig wechseln oder sich vermehren. Es ließe sich aus diesen Wörtern ein umfangreiches Lexikon zusammenstellen. Eins der ehrwürdigsten und verbreitetsten ist Reaktion, ein Wort, das ursprünglich nichts weiter als den allgemeinen Begriff einer Gegenwirkung gegen eine Bewegung bezeichnet, nach dem Sprachgebrauche des Liberalismus aber das Schimpfwort für die Bestrebungen der konservativen Partei ist und, mit der geeigneten Miene und Betonung ausgesprochen, in den Köpfen der Menge die Vorstellung von etwas unbeschreiblich Grauenhaftem erweckt, von einem Rückfall in Roheit, Stumpfsheit, Knechtschaft und Elend. So unklar und nebelhaft diese Vorstellung ist, thut sie doch ihre Wirkung, weil sie Abscheu und Furcht erregt. In derselben Richtung wirken folgende allgemein bekannte Schlagwörter: Junker- und Pfaffenherrschaft — päpstliche Unduld-

samkeit — Dogmenzwang — Stöckerei und Muckerei, das letzte mit besonders durchschlagender Kraft wegen seiner lautlichen Beschaffenheit: es wird auf billige Weise die Vorstellung von Stöcken und ähnlichen Gegenständen angeregt, die durch den Gleichklang der Wörter in die von Verstockung, Verdampfung und Versumpfung hinübergeleitet wird. Der allen durch jene Schlagwörter erzeugten Vorstellungen gemeinsame Gegenstand ist ein unberechtigter und deshalb widerwärtiger Eingriff in die edle Menschennatur: worin er im einzelnen besteht, und ob er überhaupt vorliegt, das kommt nicht in Frage, es genügt, daß er behauptet wird, und daß auf die Personen und Bevölkerungsklassen, von denen er ausgehen soll, hingezigt wird, um gegen deren Bestrebungen einzunehmen.

Wie bekannt, wirkt die Agitation nun in zweierlei Strömen auf das Publikum. Der erste und am schärfsten wirkende ist die Presse, die, jahraus jahrein den Acker der politischen Gesinnung des Publikums sorglich und methodisch bestellend, bei besondern Gelegenheiten, wo eine Kundgebung der öffentlichen Meinung notwendig wird, namentlich also bei den politischen Wahlen, ihre Ernte hält. Der zweite Strom ist die Rede in der öffentlichen politischen Versammlung; seine Anwendung bleibt auf jene besondern Gelegenheiten beschränkt.

Was zunächst die Presse betrifft, diese „sechste Großmacht,“ wie sie sich selber gern nennt, so ist allgemein bekannt, daß ihre sogenannten Leiter, die Herren von der Presse, von verschwindenden Ausnahmen abgesehen, entweder selbst Führer einer bestimmten politischen Partei sind, oder im Solde sei es der Regierung, sei es von Privatleuten stehen, in deren Eigentum sich das betreffende Zeitungsunternehmen befindet; natürlich haben sie in diesem Falle ihre Thätigkeit genau nach den Vorschriften ihrer Machtgeber einzurichten und keine Gelegenheit, ihrer eignen Überzeugung Ausdruck zu geben, was übrigens nichts verschlägt, da sie eine solche meistens nicht haben. Die Eigentümer der Zeitungen aber sind selbst entweder maßgebende Mitglieder einer Partei oder durch ihr geschäftliches Interesse veranlaßt, ihr Unternehmen in den Dienst einer bestimmten Partei zu stellen.

Was eine solche Abhängigkeit der Presse zu bedeuten hat, wird erst klar, wenn man einmal ihren Einfluß und sodann die Parteien, denen der überwiegende Teil der Presse zu Gebote steht, in Betracht zieht.

Der Einfluß der Presse ist, wie die tägliche Erfahrung lehrt, so übermäßig stark, daß er fast unfehlbar Erfolg hat. Er zeigt uns das seltsame Schauspiel, daß der Mensch, das denkende Wesen, das *ζῶον πολιτικόν*, zum wollenden und handelnden Staatsbürger erst durch die Zeitungen wird. Daß hiermit nicht zuviel gesagt ist, zeigt ein unbefangener Blick in das tägliche Leben. Man darf wohl unbedenklich behaupten, daß gerade in jenen von der Agitation durch hohle Phrasen erzeugten nebelhaften Vorstellungen, die in der täglichen

Berufsthätigkeit des Einzelnen in den Hintergrund treten und nur bei außergewöhnlichen Gelegenheiten, wie bei der Wahlagitacion wieder auftauchen, die politische Denkungsart und, soweit sie zur Bethätigung drängt, die politische Gesinnung der Volksangehörigen im großen und ganzen besteht, und zwar nicht bloß des großen Haufens, soweit sich bei diesem von politischer Gesinnung überhaupt reden läßt, sondern auch aller derer, die man im gewöhnlichen Leben als verständige, in ihrem Fache wohl bewanderte und auch der allgemeinen Bildung nicht durchaus entbehrende Männer erachten muß: kommt man auf politische Gegenstände mit ihnen zu sprechen, so versagen sie und wiederholen nur, was sie in ihrer Zeitung gelesen haben, meist mit den dort gebräuchlichen Wendungen. Wie ist dieser erstaunliche Einfluß der Presse zu erklären? Er rührt daher, daß, während im Privatleben jeder sein persönliches Interesse nach Maßgabe seiner Einsicht gar wohl wahrzunehmen versteht, im öffentlichen Leben nur sehr wenige den Weg zu finden wissen, der sie zum Ziele führen kann, die meisten aber hierzu nicht imstande sind, weil ihnen Politik und Volkswirtschaft ein Buch mit sieben Siegeln ist. Wie schon in anderm Zusammenhange bemerkt worden ist, handelt es sich hierbei nicht bloß um den großen Haufen, der alles Gedruckte mit einer Art von abergläubischer Ehrfurcht betrachtet, sondern auch um die halb oder ganz gebildeten Leute, die, weil es ihnen an Lust oder Anlage fehlt, oder weil ihnen ihre Berufsgeschäfte keine Zeit lassen, es nicht fertig bringen, selbständig zu denken und deshalb außerstande sind, ihrer politischen Meinung die Zügel der eignen Vernunft anzulegen. Sie bedürfen fremder Leitung, und diese wird ihnen bereitwilligst von denen gegeben, die die Presse in der Hand haben. Daher kommt es, daß die Presse, den Erfolg ihrer Thätigkeit gleichsam voraussehend, sich gewöhnt hat, sich selbst als Vertreterin der öffentlichen Meinung anzusehen. Zu dieser Anschauung ist auch in der That die Presse jeglicher Parteirichtung insofern gewissermaßen berechtigt, als sie in einem bestimmten Gebiete ausschließlich oder bei weitem am stärksten verbreitet ist: man muß dann freilich den theoretisch bestimmten Begriff der öffentlichen Meinung dahin einschränken, daß man als solche schon die innerhalb bestimmter örtlicher Grenzen von dem größten Teile der Bevölkerung gehegte Meinung anerkennt. Je größer dann das Geltungsgebiet oder der im ganzen in Betracht kommende Teil der Bevölkerung ist, mit desto größerem Rechte kann man von öffentlicher Meinung im eigentlichen Sinne reden. So gestaltet sich die öffentliche Meinung in den verschiedenen Gegenden des Vaterlandes sehr verschieden, je nach dem in diesen beispielsweise die ultramontane, die freisinnige oder die sozialdemokratische Presse die Herrschaft über die Geister hat.

Wer aber die Presse namentlich unsers Vaterlandes unbefangen und aufmerksam betrachtet, dem kann es nicht entgehen, daß in ihr eine Gattung von bestimmtem Charakter über alle andern sehr mächtig vorherrscht, sowohl was

das örtliche Gebiet der Verbreitung, als was die Anzahl der Leser betrifft, eine Presse, die durch große hauptstädtische Organe die politische Gesinnung der „nach Bildung und Besitz maßgebenden“ Klassen keimen und gedeihen läßt und durch die in Gestalt unzähliger kleiner Winkelblätter von jenen Hauptströmen abfließenden Bäche und Kanäle dem kleinen Manne die Milch der politischen Denkungsart zuführt. Man wird deshalb nicht fehlgehen, wenn man gerade diese herrschende Presse im großen und ganzen nicht allein als die Trägerin der öffentlichen Meinung, sondern als die sie recht eigentlich schaffende Macht ansieht.

Ihr Geist wird daran erkannt, daß er überall und stets verneint, wo es sich nicht um die materiellen Güter des Lebens, den Mammon, handelt; diese dagegen erstrebt und verteidigt er mit voller Kraft, ja mit wilder Leidenschaft. Infolgedessen steht diese Presse vor allem der Macht, die ihrer Natur nach antimammonistisch ist, nämlich dem Christentum und seiner konkreten Erscheinung, der Kirche, als unveröhnliche Gegnerin oder wenigstens völlig gleichgültig und ohne Verständnis gegenüber; sie bestreitet mit Entschiedenheit den Anspruch der Kirche, Trägerin einer göttlichen Wahrheit zu sein, und bezeichnet als Vorbedingung menschlichen Glücks, außerhalb des Schattens der Kirche leben und sterben zu können. Wo sich die Vertreter von Christentum und Kirche zurückhalten und schweigen, da werden sie von der herrschenden Presse mit stiller Verachtung geduldet, wo sie dagegen mit ihrer Überzeugung hervortreten und sie etwa gar in die Massen zu tragen unternehmen, da bekämpft sie jene Presse in der nachdrücklichsten und rücksichtslosesten Weise, allerdings je nach der Stufe, auf der die Leiter und Leser der einzelnen Presseorgane stehen, in verschiedner Tonart, von vornehmem Absprechen bis zu fanatischem Hohn und Haß, was aber in der Sache keinen Unterschied macht. Und wie einer überirdischen Autorität, so verhält sich die herrschende Presse im Grunde genommen auch jeder irdischen, insbesondere der Staatsregierung gegenüber ablehnend, insoweit diese nicht bereit ist, die Interessen des Mammons wahrzunehmen und zu vertreten. Denn dieser gilt als Herr der Welt; wo er sein Reich aufschlägt, da, wird verkündigt, schwinden Zwang, Verdummung und Roheit, die das unglückliche Volk bis dahin in Banden hielten, und es ringt sich durch zur Freiheit, Gesundheit, Bildung, Intelligenz und Humanität. Darum wurde es beispielsweise als Kulturkampf gepriesen, als die Staatsgewalt vor zwanzig Jahren, von dem kirchenseindlichen Strome der öffentlichen Meinung getragen, jenen verfehlten Eingriff in die Angelegenheiten der beiden christlichen Kirchen unternahm.

Ihr Dasein aber und ihre Lebenskraft wie ihre Verbreitung verdankt die herrschende Presse an erster Stelle der Macht, in deren Dienste sie steht, dem Gelde. Das ist der Grund, weshalb sie jahraus jahrein mit ihren zahllosen Blättern und Blättchen das Land überschwemmt, und weshalb eine Presse von

antimammonistischer Richtung entweder überhaupt nicht aufkommt, oder doch nach kurzer Zeit eingeht, oder sich nur mit Schwierigkeiten behaupten kann und nur in seltenen Fällen, und dann sehr langsam, gedeiht.

Vielleicht aber würde die Presse, von der hier die Rede ist, doch nicht in dem Maße, wie es geschieht, die Herrschaft führen, wenn ihr nicht die Neigungen des Publikums, und zwar des armen ebenso wie des reichen, mit großer Entschiedenheit entgegenkämen. „Nach Golde drängt, am Golde hängt doch alles!“ Die Reichen wollen es behalten und vermehren, die Armen es erlangen. So geschieht es, daß auch Blätter mit geringem oder gar keinem Anlagekapital schnell Verbreitung finden und in kurzer Zeit einen reichen Ertrag gewähren, wenn sie nur mit voller Kraft in dem großen, breiten Ströme schwimmen.

Neben der herrschenden Presse wirkt als Miterzeuger der öffentlichen Meinung, wie gesagt, noch der Redner in der öffentlichen Volksversammlung. Er tritt bei besondern Veranlassungen, namentlich vor den politischen Wahlen, in Thätigkeit, wenn es der Agitation der Presse noch nicht vollständig gelungen ist, eine öffentliche Meinung hervorzuzaubern, oder wenn Zweifel bestehen, ob dieses Ziel erreicht sei. Übrigens ist er meist selbst ein Herr von der Presse oder eins ihrer Geschöpfe, von ihrer Milch genährt und ihren Phrasen durchtränkt, und er hat nur die Aufgabe, die extensive Wirkung des gedruckten Wortes durch die intensive zu verstärken, die der Zaubermacht des lebendigen Wortes eigen und um so stärker ist, je mehr die Hilfsmittel der Rhetorik dem Redner zu Gebote stehen: klangvolle Stimme, rollendes Auge, gebieterische Handbewegungen und vielleicht dann und wann ein Witz von zweifelhafter Güte. Das klassische Muster für Reden in der Volksversammlung ist die Ansprache, die Antonius in Shakespeares Julius Cäsar vor Cäsars Leiche an das Volk hält. Zwar gebraucht er keine Schlagwörter, die Umstände, unter denen er spricht, sind so günstig, daß er das nicht nötig hat; aber indem er in schlauer Berechnung die Leidenschaften der Volksmenge hervorlockt, zuerst das Mitleid und zuletzt die Habsucht, zeigt er, wie man anfangen muß, um öffentliche Meinung zu machen. Und ein erfahrener Praktiker aus unsrer Zeit, Herr L. Bamberger, bestätigt das, wenn er sagt: „Für populäre politische Reden, namentlich für Wahlreden, gilt meiner Erfahrung nach als Hauptregel, und das möchte ich als Regel den Vernbegierigen empfehlen: nur nicht zu sehr ins Detail der Dinge eindringen. Wer breite, genaue Sachlichkeit in Volksversammlungen auseinanderrollt, wird schwerlich Glück machen. Hier gilt es, zu elektrifizieren, und man elektrifiziert nur mit allgemeinen Gedanken, die an das Gefühl appellieren. Ein französischer Republikaner sagte einmal zu mir: in meinen Kandidatenreden wüthete ich, wenn ich vor Bauern stehe, noch immer gegen den Zehnten, den vor hundert Jahren der Adel und die Kirchen erhoben, und warne vor dessen Wiederkehr. Das wirkt noch immer.“

Besonders stark pflegt das gedruckte und das gesprochne Wort zu wirken, wenn nicht die gewöhnlichen Leute von der Presse und berufsmäßigen Agitationsredner Feder und Mund rühren, sondern Kapazitäten, Autoritäten, zu denen der Bildungsphilister mit heiliger Ehrfurcht emporblickt. Zu solchen gehören vor allem die Professoren jeglicher Gattung. Sie mögen ihr Leben mit dem Studium alt- oder spätrömischer Geschichte oder nordischer Mythologie und germanischer Altertümer hingebraucht haben und, von diesen Gegenständen erfüllt, den Fragen des modernen politischen und sozialen Lebens ein kindliches Verständnis entgegenbringen: immer sind sie geistvolle, tiefblickende Männer, und was sie sagen und schreiben, kann deshalb nur die Offenbarung einer hohen Weisheit sein. Wer wüßte nicht, wie sehr es unsre herrschende Klasse liebt, solche ehrwürdige Herren dem erstaunten Volke vorzuführen! Freilich macht sie sich auch kein Gewissen daraus, sie ohne Mitleid in die Versenkung verschwinden zu lassen, wenn sie durch allzu unbefangene Kundgebungen das Publikum stutzig gemacht haben.

Das wäre also der Stoff, aus dem das gebildet ist, was allein man vom Standpunkte der praktischen Lebenserfahrung aus als öffentliche Meinung ansehen darf. Nach einer allgemeinen Annahme gelangt diese, außer durch Beschlüsse von Volksversammlungen, durch das Ergebnis der Abstimmungen bei den politischen Wahlen formell zum Ausdruck. Ob diese Annahme durch die Thatfachen begründet oder eine bloße Fiktion ist, das zu erörtern würde nur dann wichtig genug sein, wenn es sich überhaupt lohnte, nach der öffentlichen Meinung zu fragen. Aber wie sagt Goethe:

Was euch die heilige Pressfreiheit
Für Frommen, Früchte und Vorteil bent?
Davon habt ihr gewisse Erscheinung:
Tiefe Verachtung öffentlicher Meinung.

Hat er Recht oder nicht? Und wenn er Recht hat, wie kommt man dazu, der öffentlichen Meinung eine so hohe Bedeutung beizumessen, daß man ihrem Richterspruche sogar solche Fragen unterwirft, von deren Entscheidung das Wohl und Wehe des Volkes abhängt? Offenbar müssen Staatenlenker, die so handeln, wenn anders sie sich ihrer Pflicht bewußt und, indem sie beständig dem Grundsatz *salus publica suprema lex* folgen, diese Pflicht zu erfüllen bestrebt sind, von der Überzeugung durchdrungen sein, daß die *salus publica* gerade das Ziel sei, auf das sich die öffentliche Meinung richte. Sonderbare Schwärmer! Vielleicht träumen sie von einem Willen des Volkes, der, im wesentlichen daselbe, was unter den politischen Schlagwörtern als gesunder Sinn der Bevölkerung spukt, in seinem dunkeln Drange stets den Weg zum Heile des Volkes suche und finde, und sie erblicken diesen Volkswillen in der öffentlichen Meinung. Das Volk, ein lebendiger Körper, von einem Willen durchflutet, der in seinem Haupte, der Staatsregierung, in das

vernünftige Bewußtsein tritt, und nun von daher diesem Willen gemäß geleitet — ein schönes, großartiges Bild! Aber leider nur ein Bild. Denn das Volk als solches hat ganz und gar keinen Willen. Zwar spricht man von Volkscharakter; man begreift darunter jene Charakterzüge und Temperaments Eigenschaften, die sich regelmäßig bei den Angehörigen eines Volks finden und dadurch diesem in seiner Gesamtheit ein Gepräge aufdrücken, durch das es sich von andern Völkern unterscheidet: so bemerken wir beispielsweise am französischen Volke Eitelkeit und Ruhmsucht, am englischen brutale Rücksichtslosigkeit und an uns selbst eine thörichte Vorliebe für alles Ausländische. Allein dieser sogenannte Volkscharakter befähigt ein Volk noch nicht, in einem bestimmten Falle einen bestimmten Willen zu haben, worauf allein es hier ankommt; denn dazu fehlt ihm die Fähigkeit, sich auf Beweggründe zu betheiligen, und dies kommt daher, daß dem Volke als solchem eine einheitliche Erkenntnis mangelt. Nur der Einzelne hat vermöge einer solchen Erkenntnis einen den Beweggründen zugänglichen und darum bestimmten Willen. Das Volk aber besteht aus Millionen Einzelner, die alle, vom Egoismus getrieben und insoweit ohne Rücksicht auf die andern, ja nötigenfalls auf deren Kosten, eifrig bestrebt sind, ihr Glück zu schmieden, so gut sie es verstehen; und alle, je nach der Gleichartigkeit ihrer Lebensstellung und ihrer Interessen, eine Menge von Klassen und Gruppen in der Bevölkerung bildend, vereinigen ihre Bestrebungen und verfolgen sie ohne Rücksicht auf die andern Klassen unter Führung der durch geistige Befähigung und Willenskraft hervorragenden Berufsgenossen oder berufsmäßiger Agitatoren, deren persönlicher Vorteil nicht immer mit dem der von ihnen geführten Gruppe zusammenfällt.

So stellt sich das Leben des Volks als ein unablässiger Kampf einander entgegenstehender Interessen dar: die Landwirtschaft ringt mit dem Handel, das Handwerk mit dem Fabrikantentum, das Arbeiterproletariat mit dem Kapitalismus. Und über diesem Parteigetriebe steht die Staatsgewalt, zu der schweren, verantwortungsvollen Aufgabe berufen, das zu erkennen, was dem Volkskörper zum Heile gereicht, und es alsdann, unbeirrt durch irgend welche Einwirkungen von dieser oder jener Seite, mit fester Hand auszuführen. Ihr kommt es daher namentlich zu, wenn ein Glied des Volkskörpers leidet, eingedenk dessen, daß dann der ganze Leib krank ist, die Ursache der Krankheit zu ergründen und unverzüglich das geeignete Heilmittel anzuwenden, ohne sich dabei weder durch die Klagen des leidenden Teils, noch durch die Einsprüche oder das unzufriedne Murren der übrigen Glieder verwirren zu lassen, die in egoistischer Beschränktheit von der Krankheit ihres Leibes nichts verspüren und sich vielleicht um so wohler fühlen, je mehr das kranke Glied leidet.

Und diese erhabne Aufgabe sollte sie dadurch lösen, daß sie der Stimme der öffentlichen Meinung folgt, die, wie wir gesehen haben, die Stimme der herrschenden Klasse und der von ihr bethörten Menge ist? Wie würde es

dann um das Wohl der Millionen und aber Millionen bestellt sein, aus denen alle übrigen Klassen der Bevölkerung bestehen, und deren Stimme ungehört verhallt, oder die überhaupt nicht sagen können, was ihnen wirklich fehlt, weil sie außer Stande sind, es zu erkennen oder auszudrücken?

Nein! Wenn die Männer am Steuer nicht selbst von dem Drange der „nach Bildung und Besitz maßgebenden Klassen“ erfaßt sind oder nicht den Mut haben, diesen zu widerstehen, und also der sittlichen Eigenschaften ermangeln, die für ihre Stellung unerläßlich sind, so kann es nur auf einem Irrtum über das Wesen der öffentlichen Meinung beruhen, wenn sie sich dieser Macht beugen. Das schließt natürlich nicht aus, daß sie auf deren Äußerungen aufmerksam hören und sie sorgfältig prüfen; aber das müssen sie bei allen andern Stimmen, die sich vernehmen lassen, ebenfalls thun. Noch mehr, sie müssen auch in den Schichten, wo nur ein elementares Geräusch, dem Windeswehen oder Wogenbrausen gleich, hörbar ist, ihren geheimen Sinn zu verstehen suchen.

Einer Staatsregierung aber, die ihren Beruf in dieser Weise auffaßt, wird es auch nie an Helfern und Beratern fehlen, die ihr über die Regungen in den verschiedenen Gliedern des Volkskörpers Aufschluß geben. Nicht die gesetzlichen Volksvertreter sind hier gemeint, die von dem, was dem Volke wirklich not thut, oft keine Ahnung haben. Vielmehr kommen hier zunächst Männer aus den Kreisen in Betracht, die von den einzelnen politischen und sozialen Fragen unmittelbar berührt werden. Denn was das eigne Wohl und Wehe betrifft, darauf richtet man vorzugsweise seine geistigen Kräfte, und dafür erlangt man eher Verständnis und Urteil als die andern. Freilich bedarf es dazu, um nicht mit den Anforderungen des öffentlichen Wohls in Widerspruch zu treten, nicht allein eines erleuchteten Geistes, sondern auch einer redlichen, gerechten Sinnesart, die, statt den eignen Vorteil auf fremde Kosten zu erstreben, jedem das Seine zuteilt, was allerdings sehr schwer ist und selten geschieht. Neben solchen Vertretern der verschiedenen Interessengruppen aber mag eine weise Regierung solche Persönlichkeiten zu Rate ziehen, die zwar nicht den beteiligten Kreisen angehören, und deren Blick also nicht durch das eigne Interesse geschärft ist, die aber durch ihren Beruf Gelegenheit gefunden haben, mit den Verhältnissen dieser Kreise genauer bekannt zu werden, und die ein richtiges Urteil über die Bedürfnisse der einzelnen Bevölkerungsklassen und, was sie zu einem solchen am ersten befähigt, ein Herz für das Volk haben: den Arzt oder den Seelsorger dieser Art, die ihre Pflicht in die Familien aller Stände, an tausend Krankenbetten führt, oder den Beamten, der nicht bloß am grünen Tische sitzt, sondern sich recht viel draußen umsieht. Würde aus allen solchen Männern ein Staatsrat gebildet, dann würden dessen einstimmige Beschlüsse, soweit es nach der Unvollkommenheit menschlicher Verhältnisse überhaupt möglich ist, das ausdrücken, was der

salus publica entspricht. Schließlich aber giebt es noch eine Quelle, aus der sich reiche Belehrung über diesen Gegenstand schöpfen läßt: das ist die Gattung der Presse, die nicht dem Mammon ihr Dasein verdankt und ihm nicht dient, die unter der Leitung wahrheitsliebender und redlicher Männer ihre Spalten allen denen öffnet, die erkennen, was dem Volke not thut, und es herbeizuführen bestrebt sind. Was dort übereinstimmend ausgesprochen wird, kann auch als öffentliche Meinung gelten, aber als eine von der rechten, echten Art, auf die das Goethische Wort nicht paßt.



Neue Stände



So oft in der Zeit, seitdem Fürst Bismarck Herzog von Lauenburg ist, in den Blättern, die zu der Reichsregierung Beziehungen unterhalten, die Andeutung auftaucht, es würde eine Revision der Reichsverfassung, namentlich eine Änderung des Reichstagswahlrechtes beabsichtigt, so oft bemächtigte sich auch stets des deutschen Volkes eine sonderbare Erregung; sonderbar darum, weil sie mit freudiger Zuversicht auf die guten Absichten der Regierung viel weniger Ähnlichkeit hat als mit unverhohlenem Grauen und Mißtrauen gegen das, was dem deutschen Volke an Stelle des alten geschenkt werden soll. Wie tief dies Mißtrauen geht, kann man am besten daran ermessen, daß man einmal eine Zeit lang die bereits wieder halb vergessenen Vorschläge Konstantin Köblers hat ernst nehmen können.

Dies Mißtrauen ist aber um so beschämender für die Regierung, als der Gedanke, das Reichstagswahlrecht und dadurch den Reichstag selbst zu verändern und zu verbessern, an sich außerordentlich volkstümlich sein muß. Denn daß der Reichstag nicht so ist, wie er sein sollte, daß er keine Vertretung des Volkes mehr ist, daß er die Aufgaben, die ihm gestellt werden, nicht so zu lösen sucht, daß vor allem das Wohl des Vaterlands gefördert wird, sondern so, daß Partei- und Privatinteressen den Ausschlag geben, daß viele Mitglieder des Reichstages ihren Pflichten in der nachlässigsten Weise nachkommen, sodaß ihnen auch der hartnäckigste Schwänzer sämtlicher Volksschulen des deutschen Reiches noch als Musterknabe vorgestellt werden könnte, das ist doch die allgemeine Überzeugung aller, die ihr deutsches Vaterland lieb haben. Aus dieser Überzeugung aber ergiebt sich ganz von selbst der Wunsch, die vorhandnen